Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4595**

16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Edmund Peter Geisen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3345 –

Planungssicherheit für Landwirte und Milchwirtschaft durch definitiven Beschluss zum Auslaufen der Milchquotenregelung schaffen

A. Problem

Die deutsche Milchwirtschaft ist eine Schlüsselbranche der deutschen Ernährungswirtschaft; der jährliche Umsatz beträgt 20 Mrd. Euro, das Exportvolumen rund 4 Mrd. Euro. 20 Prozent der Milch aller 25 EU-Staaten werden in Deutschland verarbeitet. Da der Verbrauch von Milch und Milchprodukten in der EU jährlich um 0,5 Prozent und weltweit zwischen 1,5 und 3 Prozent wachse, sei nach einer Studie 2015 in der EU ein Marktgleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu erwarten, sofern die Milchquote nicht weiter erhöht werde. Die Milchquotenregelung habe dieses Ziel der Herstellung eines Marktgleichgewichtes verfehlt, was zu fallenden Einkommen in der Milchwirtschaft geführt habe. Zudem bedeuteten die hohen Quotenkosten vor allem für Junglandwirte und Wachstumsbetriebe zusätzliche Investitionskosten und eine Wachstums- bzw. Einstiegshürde. Es müsse daher in der Agrarpolitik verstärkt auf marktwirtschaftliche Lösungen gesetzt werden.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, schnellstmöglich einen definitiven Beschluss zum endgültigen Auslaufen der Milchquotenregelung zum 31. März 2015 zu fassen und verbindlich auf nationaler und europäischer Ebene festzulegen, dass diese Regelung durch keine andere staatliche Regulierung ersetzt wird.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3345 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bärbel Höhn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Bärbel Höhn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/3345** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass die deutsche Milchwirtschaft gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Branchen eine Schlüsselbranche der deutschen Ernährungswirtschaft sei; der jährliche Umsatz betrage 20 Mrd. Euro, das Exportvolumen rund 4 Mrd. Euro. 20 Prozent der Milch aller 25 EU-Staaten würden in Deutschland verarbeitet. Von den rund 133 Mio. Tonnen Milchanlieferung in der EU würden ca. 17 Prozent mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union in den Markt gebracht.

Da der Verbrauch von Milch und Milchprodukten in der EU jährlich um 0,5 Prozent und weltweit zwischen 1,5 und 3 Prozent wachse, sei laut einer Studie der Rabobank 2015 in der EU ein Marktgleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu erwarten, sofern die Milchquote nicht weiter erhöht werde. Die Milchquotenregelung habe dieses Ziel der Herstellung eines Marktgleichgewichtes verfehlt, was zu fallenden Einkommen in der Milchwirtschaft geführt habe. Weiterhin habe sie eine Verteuerung des Strukturwandels in der Land- und Milchwirtschaft nach sich gezogen. Zudem bedeuteten die hohen Quotenkosten vor allem für Junglandwirte und Wachstumsbetriebe zusätzliche Investitionskosten und eine Wachstums- bzw. Einstiegshürde. Das Scheitern staatlicher Regulierung müsse zwangsläufig zu einer marktwirtschaftlich geprägten Agrarpolitik führen.

Die Entwicklungen auf europäischer Ebene zur Milchquotenregelung, vor allem deren beschlossene Erhöhung, führten im Ergebnis zu einer in Europa weiter zunehmenden Milchmenge, wodurch der Druck auf die Milchpreise ebenfalls weiter erhöht werde.

Die Bundesregierung wird deshalb unter anderem aufgefordert,

– die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, einen definitiven Beschluss zum endgültigen Auslaufen der Milchquotenregelung zum 31. März 2015 zu fassen, so dass für die Landwirte, die vor- und nachgelagerten Bereiche sowie für die Ernährungswirtschaft Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen würden;

– verbindlich auf nationaler und europäischer Ebene festzulegen, dass diese auslaufende Milchquotenregelung durch keine andere staatliche Regulierung ersetzt wird;

- die mit dem Auslaufen der Milchquotenregelung verbundenen Potenziale zum Abbau von Bürokratie und Regulierung zu nutzen, um Landwirten und Milchwirtschaft durch einen funktionierenden Milchmarkt neue unternehmerische Spielräume zu ermöglichen;

– den wachsenden Weltmarkt für Milch und Milchprodukte als neue Chancen für die Milchwirtschaft zu sehen und die heimischen Unternehmen durch die richtigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen davon profitieren zu lassen;

– im Dialog mit der Milchwirtschaft und den Milcherzeugern die notwendigen Strukturanpassungen durchzuführen;

– auf die Länder einzuwirken, damit die aus der Modulation bereitstehenden Mittel schwerpunktmäßig zur Stärkung der Milcherzeuger und der Grünlandstandorte eingesetzt werden.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage 16/3345 in seiner 39. Sitzung am 7. März 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** führten aus, mit dem Ziel des Antrags grundsätzlich konform zu gehen. Ein Ausstieg aus der Milchquote sei unumgänglich. Es bedürfe allerdings klarer Vorgaben und Regeln für diesen Prozess. Hier seien die Begleitdiskussionen um das Auslaufen der Milchquote noch nicht zu Ende, weswegen der Antrag jetzt verfrüht sei. Erforderlich sei, die Entwicklung genau zu analysieren und ein überzeugendes Konzept zur Planungssicherheit vorzulegen. Dabei sei Rücksicht auf die Strukturen in bestimmten Regionen zu nehmen. Man appelliere auch an die Antragsteller, ihre Vorschläge zur Planungssicherheit in diese laufenden Verhandlungen mit einzubringen.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte ihren Antrag, dass es keinen Zweifel mehr daran gebe, dass die Milchquote 2015 falle. Dies müsse als Fachausschuss auch nach Außen getragen werden, nicht nur, um den deutschen Bauern „reinen Wein einzuschenken“. Eine Ablehnung des Antrags würde die Bauern verunsichern, die vor einer Investitionsentscheidung oder vor der Entscheidung, gegebenenfalls umzusteigen, stünden. Man müsse gemeinsam überlegen, wie dieser Strukturwandel ablaufen und gut funktionieren solle.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sprach sich gegen den Antrag aus, wobei sie ihm in vielen Punkten zustimme, einen derart radikalen Anpassungsprozess ohne jede staatliche Hilfe allerdings für nicht vertretbar halte. In Mittelgebirgsregionen und Regionen mit niedrigen Bodenpunkten, die weniger wettbewerbsfähig seien, würde dies fast alle Milchbetriebe wirtschaftlich ruinieren. Das Aufgeben dieser benachteiligten Gebiete zugunsten der Stärkung der wettbewerbsfähigeren Regionen könne nicht Sinn dieser Zielsetzung sein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, sie könne trotz vieler Übereinstimmungen in der Analyse des Problems dem Antrag nicht zustimmen, da in ihm die Lösung für die Situation der Bauern in Mittelgebirgs- und Gebirgsregionen fehle. Hier sei es aus ökologischen Gründen wichtig, dass die Landwirtschaft gehalten werde. Problema-

tisch wäre aber dabei der Wegfall der 2. Säule und damit der finanziellen Mittel zur Lösung dieser regionsspezifischen Probleme.

Der Antrag auf Drucksache 16/3345 wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Berlin, den 7. März 2007

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bärbel Höhn
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333